



# Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Roland Stark  
Grossratspräsident

## **Schlussrede als Präsident des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt**

21. Januar 2009

Sehr geehrter Herr Statthalter

Sehr geehrte Mitglieder des Regierungsrates

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Dies ist die letzte Rede, die ich als Mitglied des Grossen Rates in diesem ehrwürdigem Saal halten darf. Ich bin deshalb dem amerikanischen Präsidenten sehr dankbar, dass er sich in seiner Inaugurationsrede schon gestern an sein Volk gewandt hat. So viel Respekt vor dem Amt des Grossratspräsidenten ist nicht selbstverständlich.

Vor fast einem Vierteljahrhundert, am 10. Mai 1984, begann ich in der Fraktion SP und Gewerkschaften meine Arbeit im Parlament; ein Engagement, das seinen Höhepunkt im Amt des Grossratspräsidenten gefunden hat. Mit Christine Heuss, Thomas Mall, Kurt Bachmann, Jörg Vitelli, Christine Keller, Gisela Traub, Thomas Baerlocher und Beatrice Alder sind noch acht Kolleginnen und Kollegen von damals dabei, immerhin 50% davon auch in der gleichen Fraktion.

Bevor ich aber einige Abschiedsworte an Sie richte, möchte ich mich bedanken. An erster Stelle der Familie, meiner geliebten Frau Claudia und den Töchtern Meret und Hannah. Das Jahr hat sie viel Kraft gekostet. Trotz unzähligen organisatorischen Meisterleistungen, der tatkräftigen Unterstützung von Oma und Opa und diverser Babysitter konnte die reduzierte Einsatzfähigkeit oder gar der Ausfall des Vaters nicht immer ausgeglichen werden. Ohne ihr Verständnis und die liebevolle Begleitung hätte ich das Amt des Grossratspräsidenten nicht ausüben können.

Sehr herzlich bedanke ich mich auch beim Parlamentsdienst unter der Leitung von Thomas Dähler. Die ausgezeichnete Unterstützung des ganzen Parlamentsdienstes war für die Bewältigung meiner Aufgaben in und ausserhalb des Ratsbetriebs unverzichtbar. Das ganze Team stand mir jederzeit mit Rat und Tat zur Verfügung, es hat entscheidend dabei mitgeholfen, dieses schwierige Jahr mehr oder weniger pannenfrei über die Bühne zu bringen. Inbegriffen in den Dank sind auch Walter Schleiss, Roland Schaad und Peter Fischer, sowie alle anderen guten Geister im Rathaus, die uns bei der Arbeit behilflich sind.

Ausdrücklich loben möchte ich das vertrauensvolle und konstruktive Arbeitsklima im Büro des Grossen Rates über alle Parteigrenzen hinweg. In den allermeisten Fällen ist es gelungen, tragfähige Kompromisse zu finden und geschlossen nach aussen zu vertreten. Auseinandersetzungen oder gar Differenzen bei so bedeutsamen Themen wie beim Kommissionenschlüssel oder den Etiketten für den Grossratswein waren die Ausnahme.

Zu besonderem Dank verpflichtet bin ich meinem Arbeitgeber, dem Erziehungsdepartement Basel-Stadt. Nur wegen der vom Vorsteher bewilligten Teilentlastung war die Übernahme und Ausübung des Amtes überhaupt denkbar. Es liegt jedoch im Interesse unserer Demokratie, möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern aus allen Schichten und Berufen, nicht nur hauptamtlichen Verbandssekretären und Staatsangestellten, die aktive Teilnahme am politischen Geschehen zu ermöglichen. Die Wirtschaft sollte sich bei ihrem Freistellungsverhalten an diesem Beispiel orientieren, statt immer nur gebetsmühlenhaft über die einseitige Zusammensetzung der Parlamente zu klagen.

Doch nun zu einem kurzen, nicht allzu ernst gemeinten Rückblick, der allerdings, das wird Sie vielleicht beruhigen, keine umfassende Gesamtschau der letzten 25 Jahre bieten wird.

Ich zitiere: "Die Gesamterneuerungswahlen des Grossen Rates sind vorbei und auch der Zorn der Journalisten, Kandidaten und der interessierten Stimmberechtigten ist verraucht. Geblieben ist die Erinnerung an prähistorische Auszählmethoden, an denen auch der Einsatz eines Kleincomputers nichts geändert hat: Das elektronische Hilfsgerät lieferte lediglich sauber ausgedruckt, was in den Wahlen zuvor noch mühsam von Hand eingetragen worden war....Die mühsame Zählerei ist zum Gespött der ganzen Schweiz geworden." Ende Zitat.

Mit diesen Worten beginnt der Anzug Nr. 16 von Rolf Schenk betreffend Beschleunigung der Auszählung bei Wahlen, eingereicht an meiner ersten Grossratsitzung im Mai 1984. An der Aktualität der Beschwerden hat sich nichts geändert, undenkbar ist aber, dass, wie im Fall Schenk, ein Parlamentsmitglied gleichzeitig Berichterstatte einer Tageszeitung sein kann. Schauen Sie einen Moment lang zur Pressebank hinüber und spielen Sie in Ihrer Fantasie ein paar Varianten durch. Eine erheiternde und zugleich beklemmende Vorstellung!

Ein weiteres Fundstück: Im Dezember 2008 hat der Grosse Rat Beat Rudin zum Datenschutzbeauftragten des Kantons Basel-Stadt gewählt und diesen gleich noch gegen den Willen des Regierungsrates dem Parlament unterstellt. Damit wurde eine Forderung von Professor Ruedi Schenkel erfüllt, der - ebenfalls im Mai 1984 - die Schaffung eines unabhängigen Datenschutzbeauftragten angeregt und in seinem Anzug auf frühere Vorstösse von G. Eichenberger (1971) und Dr. G. Bollag (1977) verwiesen hatte. Diese unabhängige Stelle gibt es nun endlich, die Partei aber, die dieses Anliegen hartnäckig vertreten hat, den Landesring der Unabhängigen, schon sehr sehr lange nicht mehr.

Abrunden will ich den kleinen Abstecher in die politische Archäologie mit der Erwähnung des Anzugs von POB - Grossrat Willi Gerster, der angesichts der hervorragenden Leistungen des EHC Basel eine Überdachung der Basler Kunsteisbahn verlangte und der Forderung des Liberalen Ueli Vischer, mit einer neuen Parkordnung die Pendler zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu ermuntern und damit die Wohnquartiere von Pendlerparkierern zu entlasten.

Wie heisst es so schön passend bei Brecht: "Dauerten wir unendlich, so wandelte sich alles. Da wir aber endlich sind, bleibt vieles beim Alten." Ob er damit wohl unsere parlamentarischen Vorstösse und ihre Behandlung durch den Regierungsrat gemeint hat?

In meiner Antrittsrede habe ich unmissverständlich die pauschale Verunglimpfung des Staates durch Exponenten von Wirtschaft, Finanzen, Medien und Politik kritisiert. Ein Jahr

später komme ich und bitte dafür um Verständnis, nicht ganz ohne Häme darauf zurück. Erinnern Sie sich noch an die harten, zuweilen unflätigen Vorwürfe, die in den letzten Jahren an die Adresse der Politik abgefeuert wurden: Risiko- und konfliktscheu, unflexibel, bürokratisch, realitätsfremd, rückwärtsgewandt, konsensorientiert, bequem, langsam, in finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen ahnungslos.

Drei Beispiele:

"Politiker haben keine Glaubwürdigkeit mehr. Abhilfe kann nur der Wettbewerb schaffen, doch der wird durch den wettbewerbsfeindlichen Ton in der Wirtschaft behindert." (Peter Brabeck, VR-Präsident Nestlé, 13. Juni 2005 vor der Handelskammer Deutschland-Schweiz)

"Wenn jeder zweite Franken zum Staat fliesst, ist das Unsinn. Die Wirtschaft muss dem Staat helfen, sich zu benehmen." (Marcel Ospel, Ex-VR-Präsident UBS, 2001 "Blick")

"Gerade die Marktwirtschaft fördert und fordert Traditionen der Fairness, der Verlässlichkeit und der Sensibilität gegenüber den menschlichen Bedürfnissen, die in der Politik erfahrungsgemäss vernachlässigt werden." (Roger Köppel, "Weltwoche" - Verleger, 22. April 2004)

Als Vorbilder wurden junge, dynamische, flexible Manager und Finanzjongleure angepriesen, insbesondere solche mit Ausbildungs- und Arbeitsplatz in den USA. Die strenggläubigen Prediger des neoliberalen und marktradikalen Modells schienen gegenüber den Verteidigern einer sozialen Marktwirtschaft mit ausgebauten Sozialsystemen - oft genug als Hängemattengesellschaft denunziert - endgültig auf der Siegerstrasse zu sein. Unterdessen sind Inhalt und Tonfall deutlich moderater, schon beinahe demütig geworden. Wer noch vor Monaten staatliche Unterstützungsleistungen an Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Asylbewerber oder Invalide unter der Überschrift "Missbrauch und Schmarotzertum" angeprangert hat, ist sich heute nicht zu schade, vom gleichen bösen Staat Unterstützungsbeiträge in Milliardenhöhe an notleidende Banken zu fordern und zu unterstützen.

Der markante Wechsel innert kürzester Zeit lässt sich am besten mit einem hörenswerten Satz von Herrn Ackermann von der Deutschen Bank beschreiben, der unterdessen freimütig bekennt (anlässlich eines Auftritts im Schweizer Konsulat in Frankfurt), er glaube nicht mehr an die Selbstheilungskräfte des Marktes. Lassen Sie mich zur Auflockerung eine kleine Geschichte erzählen, mit der das Wesen des Finanzmarktes pfiffig erklärt werden kann.

Sam kauft für 100 Dollar einen Esel. Das Tier stirbt vor der Lieferung. Sam will sein Geld zurück, der Farmer hat es aber angeblich schon ausgegeben. Nun will Sam den toten Esel, um ihn zu verlosen. Verlosen? Ich sag' den Leuten einfach nicht, dass er tot ist. Einen Monat später trifft der Farmer Sam wieder. Was aus dem Esel geworden ist? Ich hab' ihn verlost, 500 Lose zu zwei Dollar verkauft und 998 Dollar Gewinn gemacht. Hat sich keiner beschwert? Nur der Kerl, der den Esel gewonnen hat. Dem habe ich seine zwei Dollar zurückgegeben.

Heute, vermute ich, arbeitet Sam bei Goldman Sachs oder bei der Anlageberatung der UBS. Unterdessen haben fast alle begriffen, die einen früher, die anderen später, die einen freiwillig, die anderen unter Druck, dass dieses abenteuerliche Modell nur kurzfristig Erfolge zeigt, mittel- und langfristig aber die Volkswirtschaften weltweit in den Abgrund treibt. In den Worten von Helmut Schmidt:

Wir haben es zu tun (Zitat) "mit einer Kombination von hoher Intelligenz samt mathematischer Begabung, extremer Selbstsucht und Selbstbereicherung bei Abwesenheit von ausreichender Urteilskraft und von Verantwortungsbewusstsein. Man kann dieser Krankheit einen Namen geben: hemmungslose Habgier. Zugleich ist aber eine nonchalante Ignoranz der Regierungen und Behörden in Erscheinung getreten, eine unerhörte Fahrlässigkeit der politischen Klasse insgesamt, die sich leichtfertig auf die Illusion einer selbsttätigen Heilungskraft der Finanzmärkte verlassen hat, statt rechtzeitig einzugreifen." (Die Zeit, 15. Januar 2009)

Zu Beginn des Jahres 2009 hat sich die politische Ausgangslage vollständig gewandelt. Der Staat ist - hoffentlich nicht nur vorübergehend - keine beliebte Zielscheibe mehr, Spott- und Hassobjekt, Politiker sind nicht mehr nur belächelte Witzfiguren oder handlungsunfähige Bürokraten, nein, Staat und Politik werden wieder als Garanten für wirtschaftlichen Erfolg und soziale Sicherheit anerkannt. Eine jahrzehntelang vorherrschende Wirtschaftsideologie wird im Schnellzugstempo auf den Müllhaufen der Geschichte gekippt, fristgerecht zwischen der Antritts- und der Schlussrede eines Grossratspräsidenten.

Lassen Sie mich gegen Ende meiner Ausführungen auf ein anderes Stichwort meiner Antrittsrede zurückkommen, Politikverdrossenheit, angereichert mit ein paar vorsichtigen Bemerkungen zur Rolle der Medien. Sie erinnern sich, dass ich vor der Tendenz gewarnt habe, die so genannte "classe politique" mit dem Parfüm eines korrupten Klüngels zu bestäuben und damit deren Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit zu untergraben.

Willkürlich zähle ich einige Beispiele auf, die die Medien und/oder die Öffentlichkeit in den letzten Monaten erregten: ein verschwenderisches IWB-Fest, eine üppige Mahlzeit für den Baselbieter Regierungsrat, ein sündhaft teures Umbauprojekt für den Grossratsaal, Kostenüberschreitungen beim Messeneubau, der so genannte "Rahmtäfel-Putsch" und vieles mehr. Führen Sie die Liste in Gedanken selber weiter. Der Mechanismus ist immer der gleiche. Eine Geschichte wird entdeckt, neudeutsch recherchiert, verbal und optisch aufgepeppt und dem staunenden Publikum genüsslich als Fortsetzungsgeschichte präsentiert. Danach folgt das Ritual der empörten Leserbriefe, in denen als Hauptpersonen fast immer unfähige, verschwenderische, korrupte Politikerinnen und Politiker vorgeführt werden. Wenn nötig wird die Stimmung zwischendrin noch mit einem Kommentar oder einer kleinen Umfrage angeheizt. Fast zwangsläufig folgt jetzt der Auftritt der Politik selbst, die den angeblichen oder wirklichen Skandal zu einem parlamentarischen Vorstoss ausbeutet und unverzüglich Aufklärung und Massnahmen verlangt. Ist die Aufregung abgeebbt, wird nach einer kurzen Erholungspause die nächste Sau durchs Mediendorf gejagt.

Ich will hier nicht gleich wieder das populäre und populistische Klagelied über Fehlentwicklungen in unserer Medienlandschaft anstimmen, obgleich es angesichts der unübersehbaren Tendenz zu Verkürzung, Banalisierung und Personalisierung Anlässe und Beispiele genug gäbe. Nicht nur im Printbereich. Einseitige Vorwürfe sind aber schon deshalb nicht angebracht, weil die Schuldfrage nicht einfach zu klären ist. Im Spannungsfeld zwischen Vertuschung und Skandalisierung stehen einem vernünftigen Mittelweg sowohl die verzweifelte Suche nach der verkaufsfördernden Story als auch das Profilierungs- und Geltungsbedürfnis der Politik entgegen. Politik und Medien bewirtschaften das Aufregungsgeschäft meist gemeinsam. Manfred Rommel, der ehemalige Stuttgarter

Oberbürgermeister formulierte einst - aus heutiger Sicht vielleicht etwas blauäugig, wenn nicht sogar weltfremd - treffend: "Die Verhältnisse sind dort am besten geordnet, wo die Journalisten alles schreiben können, was sie wollen, und wo die Politiker nicht alles machen, was die Journalisten schreiben." Wir leben also offensichtlich in ungeordneten Verhältnissen.

Zum Schluss bleibt die häufig gestellte Frage offen, was mich in den vielen, vor allem den letzten Jahren aktive Politik am meisten geärgert hat. Die Antwort ist einfach: Das mangelnde oder gar fehlende Selbstbewusstsein der Politikerinnen und Politiker, unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Ich kenne kaum einen Berufsstand, der sich für seine Arbeit so häufig und eifertig entschuldigt. Aus Angst vor einer kritischen, zuweilen feindseligen Öffentlichkeit, dem über die Medien transportierten oder geschürten Volkszorn, verharren sie in der Defensive und versinken im Selbstmitleid. In Sack und Asche, mit einer Mimose in der Hand, wahrlich kein Auftritt, mit dem man sich Achtung verschafft. Oder kennen Sie, neben dem amtierenden Grossratspräsidenten, noch viele andere Volksvertreter, die hinstehen und sagen, jawohl, 150 Franken Sitzungsgeld sind für die geleistete Arbeit nur ein schäbiges Trinkgeld oder, selbstverständlich, eine Modernisierung der Infrastruktur des Grossratssaals nach 125 Jahren ist keine Verschleuderung von Steuergeldern, sondern eine schlichte Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit.

Ich war immer stolz darauf, ein vom Volk gewähltes Mitglied des Grossen Rates zu sein. Die Verbesserung seiner Arbeitsbedingungen, nicht nur der finanziellen, lag mir am Herzen, ebenso der Versuch, das Image der Politik in der Öffentlichkeit verbessern zu helfen. Zwangsläufig bin ich in den Jahrzehnten meines Wirkens vielen Kolleginnen und Kollegen auf die Füsse getreten. Das gehört zum Geschäft. Politik ist eben kein Krippenspiel, in dem nur Heilige und ein paar unschuldige Viecher auftreten und die anderen schauen andächtig zu. Mit Ödön von Horvath könnte ich jetzt entschuldigend sagen: "Eigentlich bin ich ganz anders, nur komm' ich so selten dazu." Nur stimmt es eben leider nicht.

Ich danke Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit und zahlreiche freundschaftliche Begegnungen in und ausserhalb des Rates und vor allem dafür, dass Sie mir dieses unvergessliche Jahr Grossratspräsident überhaupt ermöglicht haben. Heute Abend, auf Einladung der Messe Schweiz, werden wir uns hoffentlich alle wieder sehen und gemeinsam ein paar gemütliche Stunden verbringen. Ich freue mich darauf.

Damit verabschiede ich mich als Grossratspräsident und als Grossrat und beende die letzte Sitzung der 1. Legislaturperiode des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt seit der Verfassung von 2006. Ich wünsche meiner Nachfolgerin oder meinem Nachfolger und Ihnen allen viel Erfolg im Interesse unseres Gemeinwesens.